

Workshop

Flucht und Migration in Europa

Impressum

Herausgeberin

Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa
Sophienstr. 28 /29
10178 Berlin
Telefon: 0049 (0)30 – 280 95 146
Fax: 0049 (0)30 – 280 95 150
E-Mail: info@schwarzkopf-stiftung.de
www.schwarzkopf-stiftung.de

Autor*innen / Übersetzung

Lena Prötzel
Thimo Nieselt

Grafik und Illustration

Friederike Schlenz

Stand

September 2019
2. Redaktionelle Überarbeitung

Urheberrechte

Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken
vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Diese Veröffentlichung ist unter der CC-Lizenz BY ND
4.0 freigegeben. Siehe <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de>



Ein Projekt der


Schwarzkopf
Stiftung
JUNGES EUROPA 

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

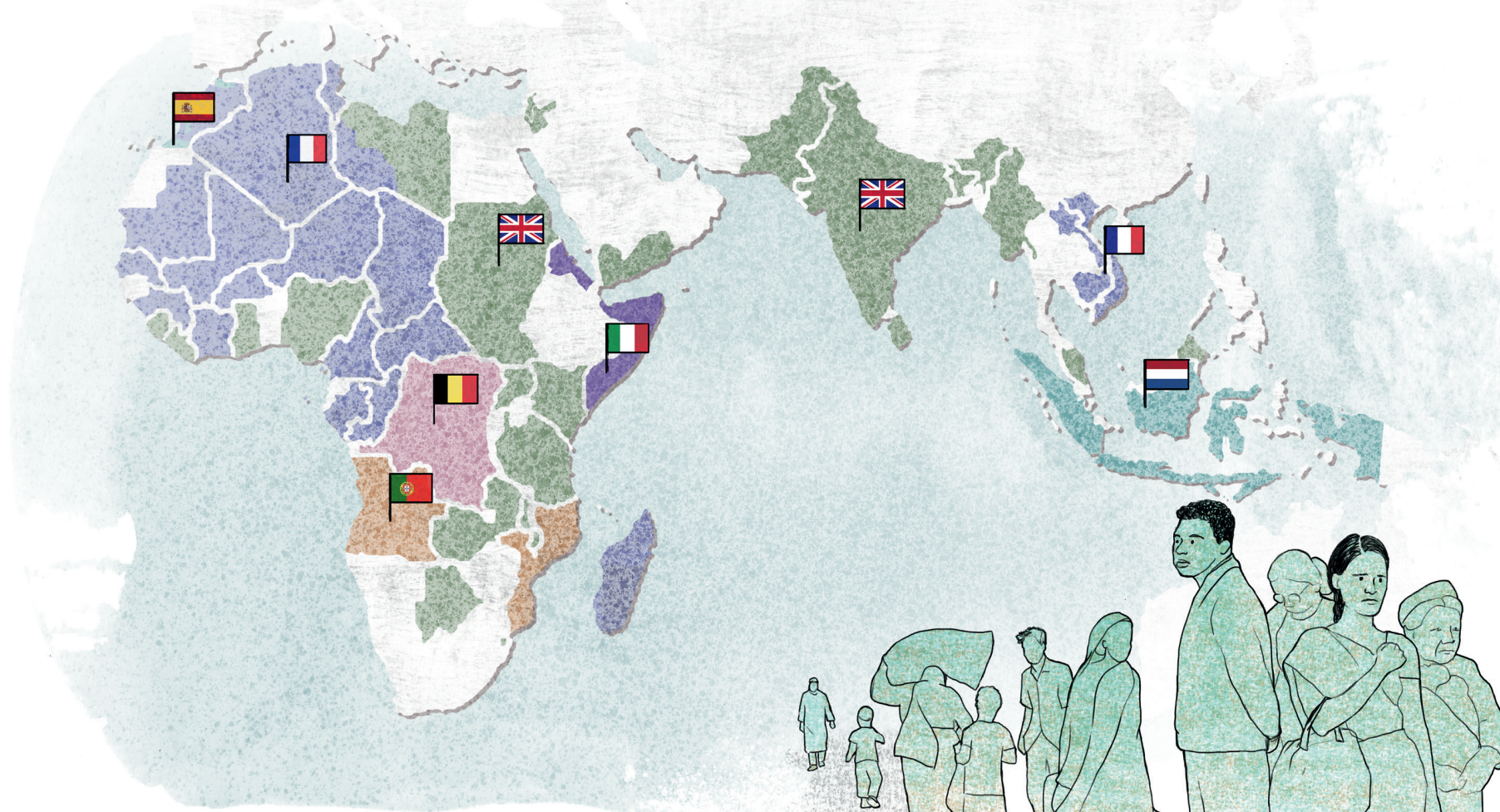
Demokratie **leben!**

Gefördert von

STIFTUNG
MERCATOR

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Förderpartner dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Herausgeber die Verantwortung.

1945



Viele Länder stehen noch unter **westeuropäischer Kolonialherrschaft**. Im Zuge der Dekolonisation nach Ende des Zweiten Weltkriegs migrieren viele Menschen aus den ehemaligen Kolonien nach Europa – insbesondere nach Frankreich, Großbritannien, Niederlande und Belgien.

1951



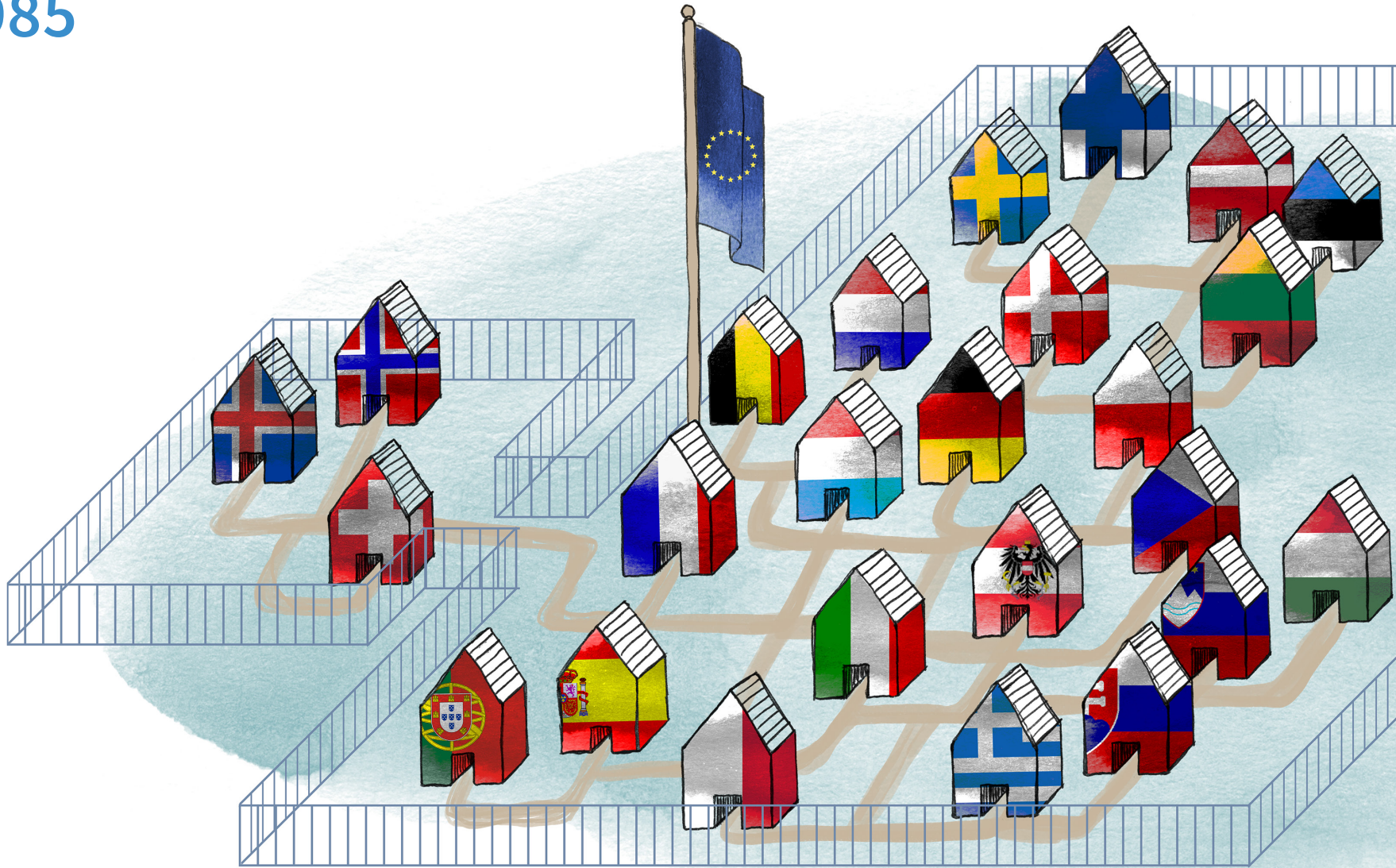
Die [Genfer Flüchtlingskonvention](#) definiert den Schutz aller Menschen weltweit, die vor Verfolgung und ernster Gefahr fliehen, erstmals als Grundrecht. Es gibt nun den Status eines „anerkannten Flüchtlings“.

1955



Die Bundesrepublik Deutschland beschließt Arbeitskräfte aus Italien anzuwerben. In den Folgejahren werden ebenfalls [Anwerbeabkommen](#) mit Spanien, Griechenland, der Türkei, Portugal und Jugoslawien abgeschlossen.

1985



Durch das [Schengener Abkommen](#) werden Kontrollen der Binnengrenzen eingestellt. Der Sicherung der gemeinsamen Außen-grenze der EU wird anschließend eine größere Bedeutung zugemessen.

1991



Die **Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien** zwingen viele Menschen zur Flucht. Die damals 12 EU-Staaten nehmen hunderttausende Menschen auf.

1999



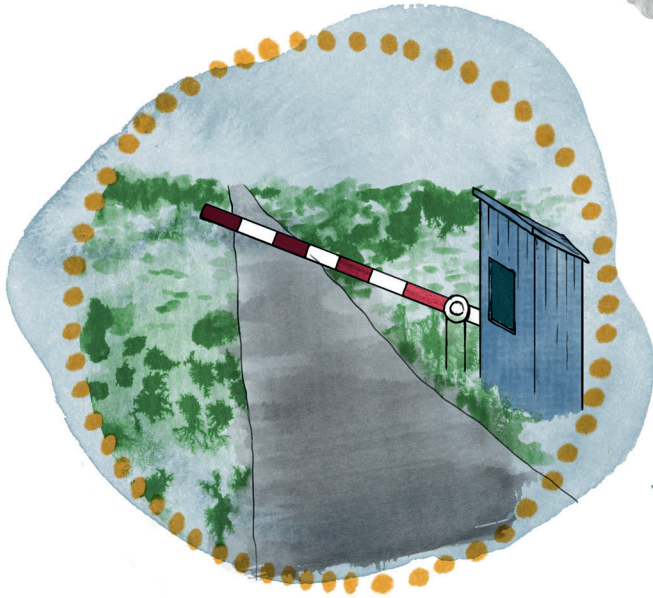
Die EU-Staaten legen fest, dass die **Asylpolitik** zukünftig **gemeinsam** geregelt werden soll. Ziel ist es, gleiche Bedingungen für alle Asyl-suchenden zu schaffen – unabhängig davon, in welchem EU-Land sie einen Asylantrag stellen.

2003

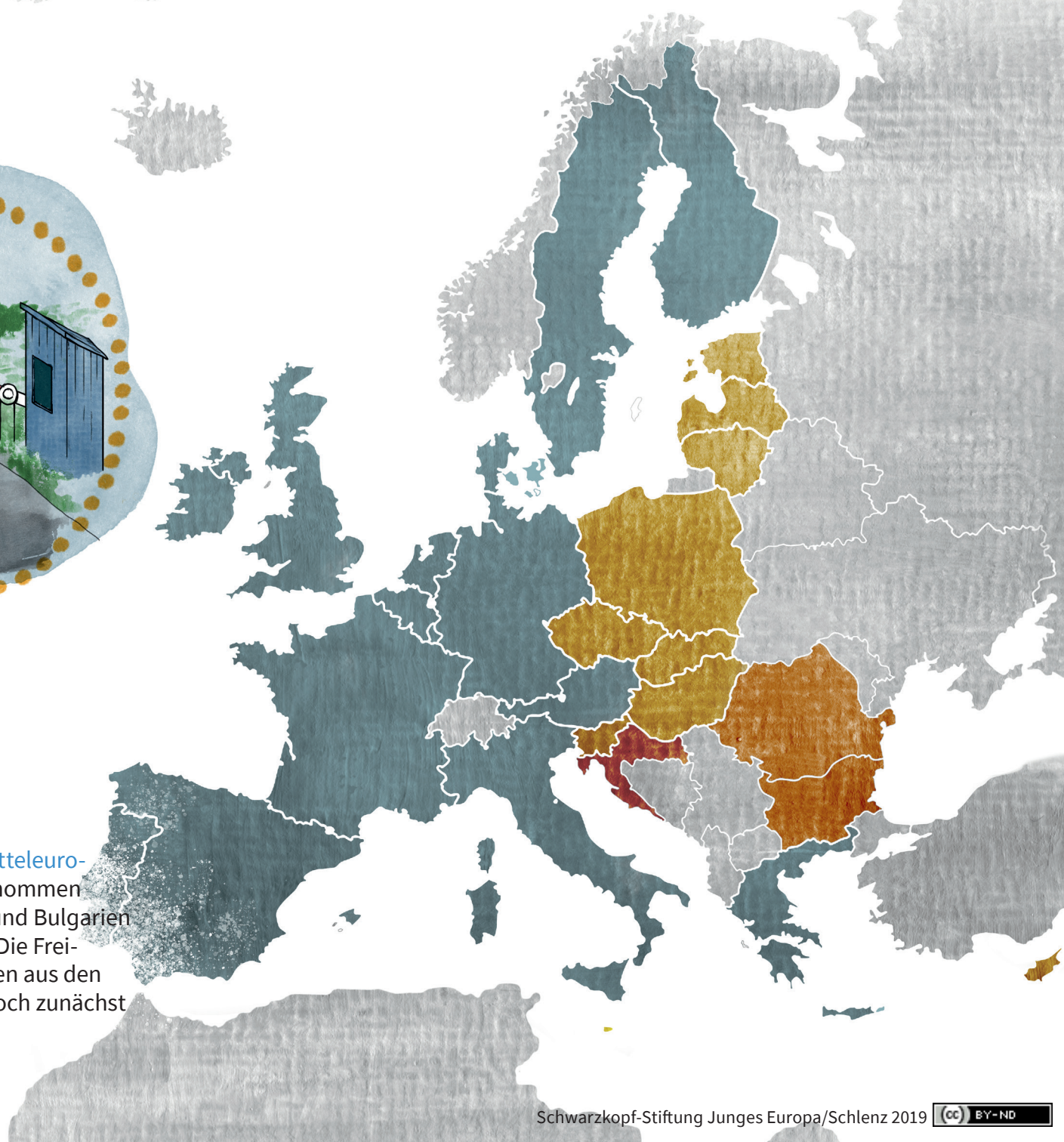


Laut der [Dublin-Verordnung](#) müssen Geflüchtete in dem Staat um Asyl bitten, in dem sie den EU-Raum erstmals betreten haben. Dies geschieht besonders häufig in Ländern mit EU-Außengrenzen.

2004

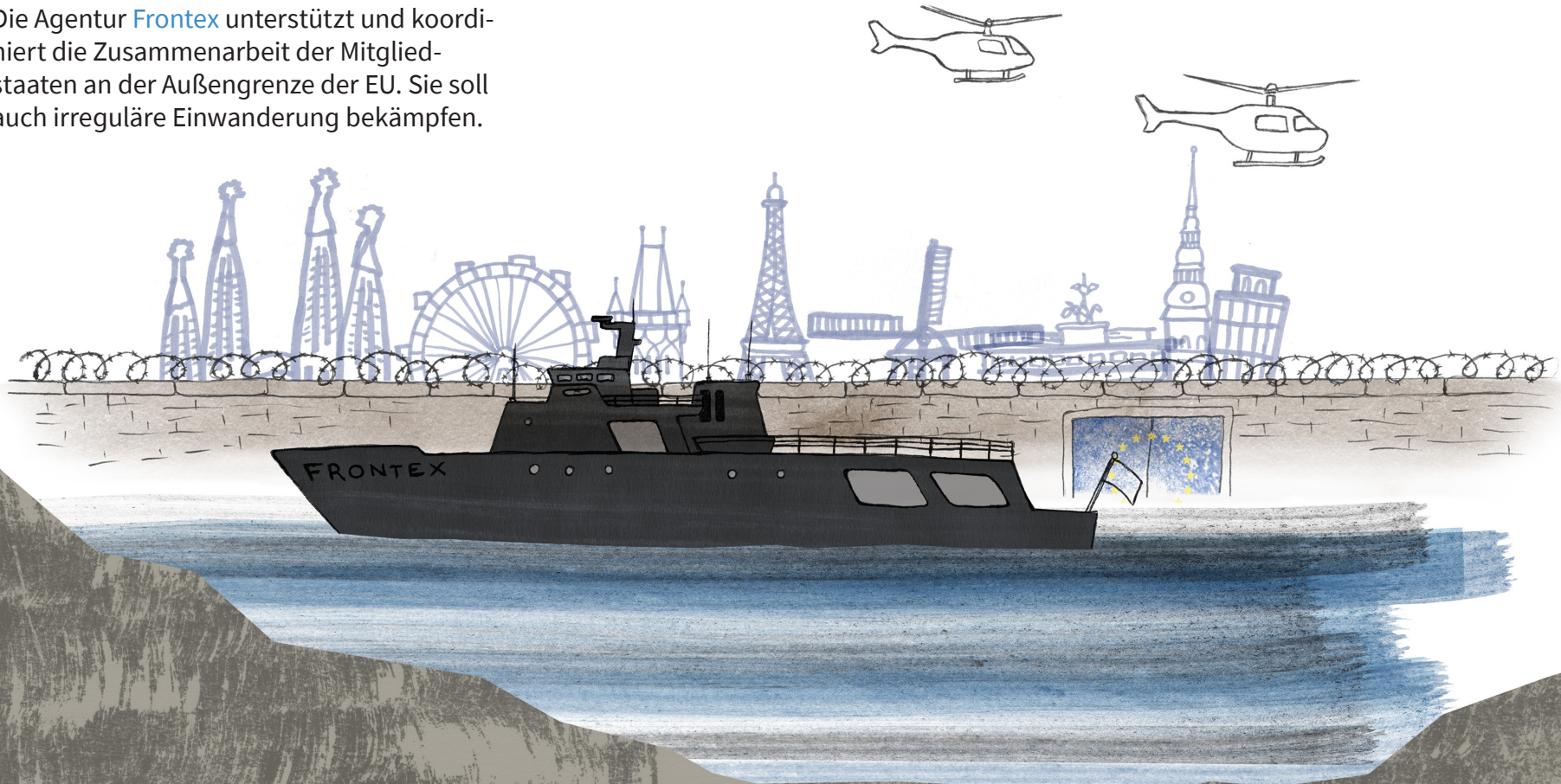


Nachdem 2004 zehn **ost- und mitteleuropäische Staaten** in die EU aufgenommen werden, treten 2007 Rumänien und Bulgarien sowie 2013 Kroatien der EU bei. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer*innen aus den beigetretenen Ländern wird jedoch zunächst eingeschränkt.

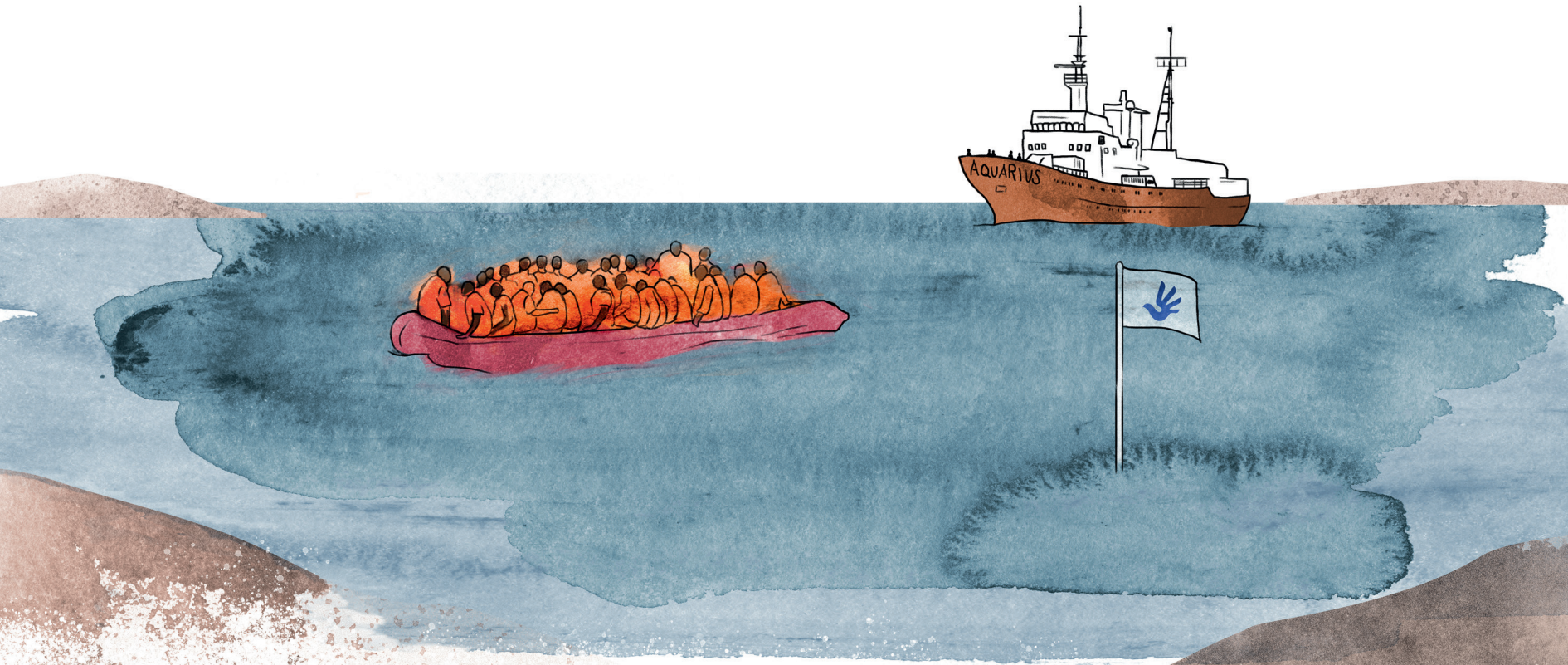


2004

Die Agentur **Frontex** unterstützt und koordiniert die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten an der Außengrenze der EU. Sie soll auch irreguläre Einwanderung bekämpfen.



2012



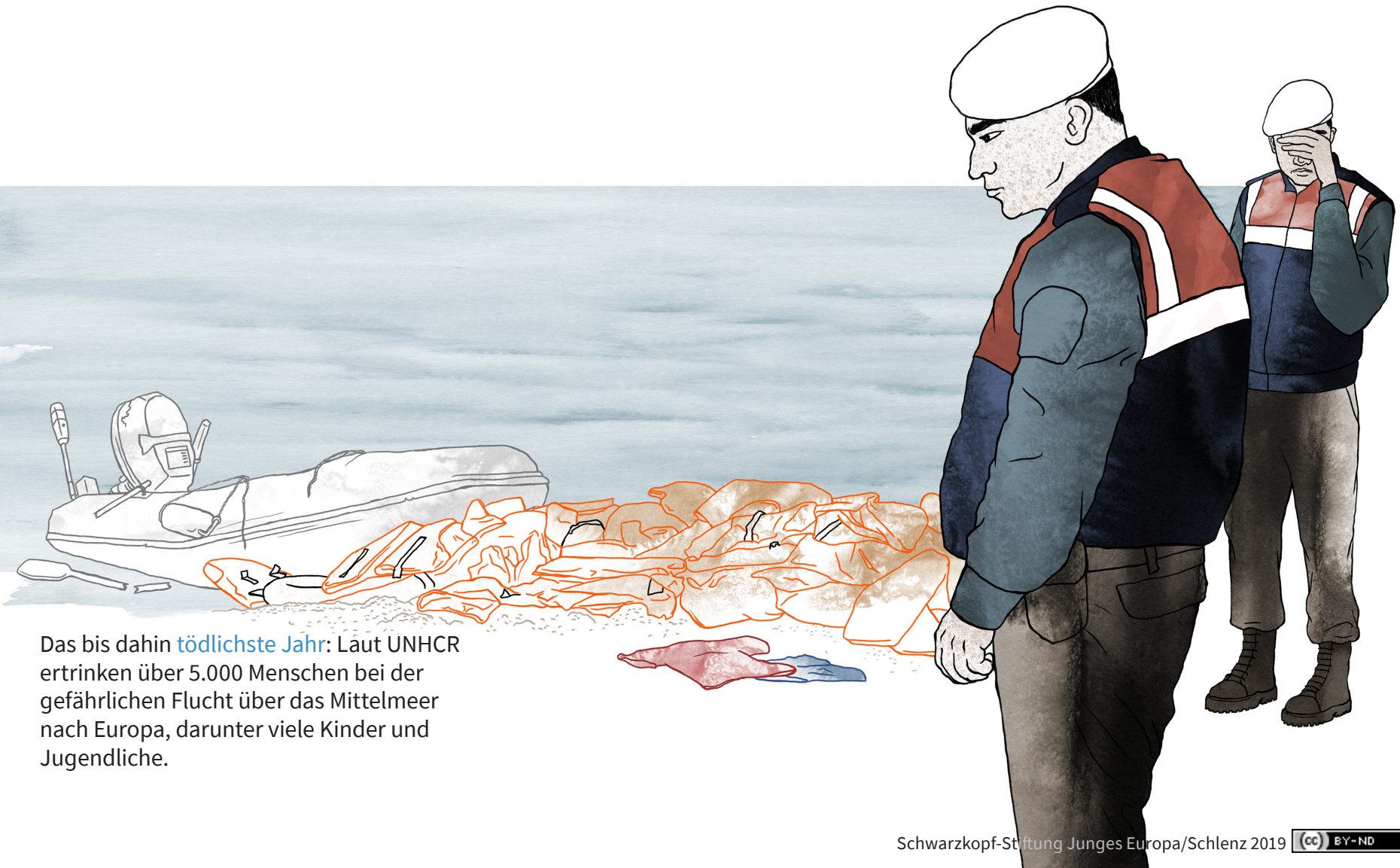
In einem Urteil stellt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte klar, dass die **Menschenrechte auch auf Hoher See** anwendbar sind. Sobald sich Geflüchtete auf einem Schiff unter Flagge eines EU-Mitgliedstaates befinden, muss ihnen Zugang zum Asylverfahren gewährt werden.

2015



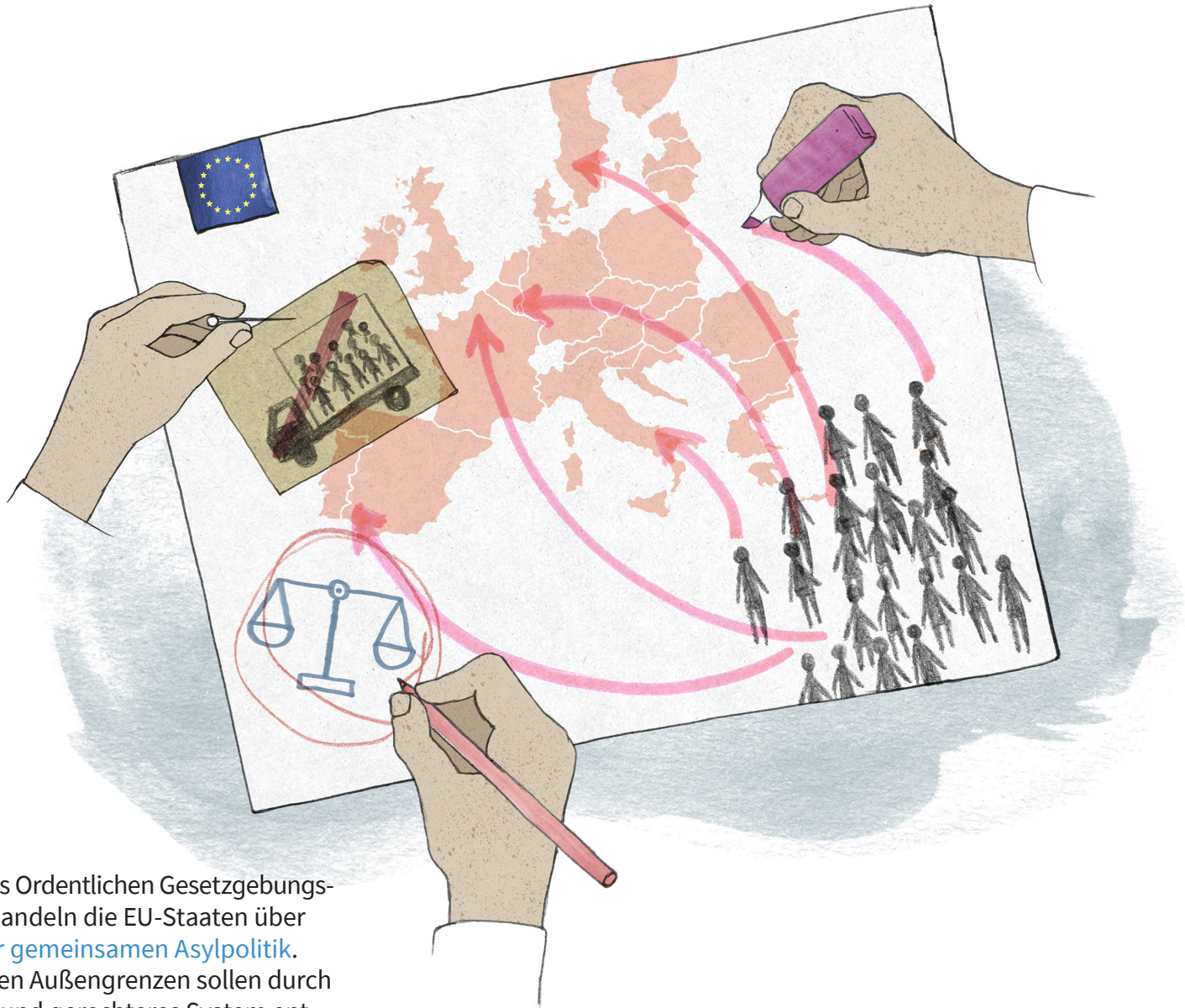
Tausende geflüchtete Menschen sitzen im Budapester Bahnhof fest. Kanzlerin Angela Merkel (DE), Regierungschef Victor Orbán (HU) und Kanzler Faymann (AT) beschließen, [die Grenzen nicht zu schließen](#) und sie nach Deutschland weiterreisen zu lassen.

2016



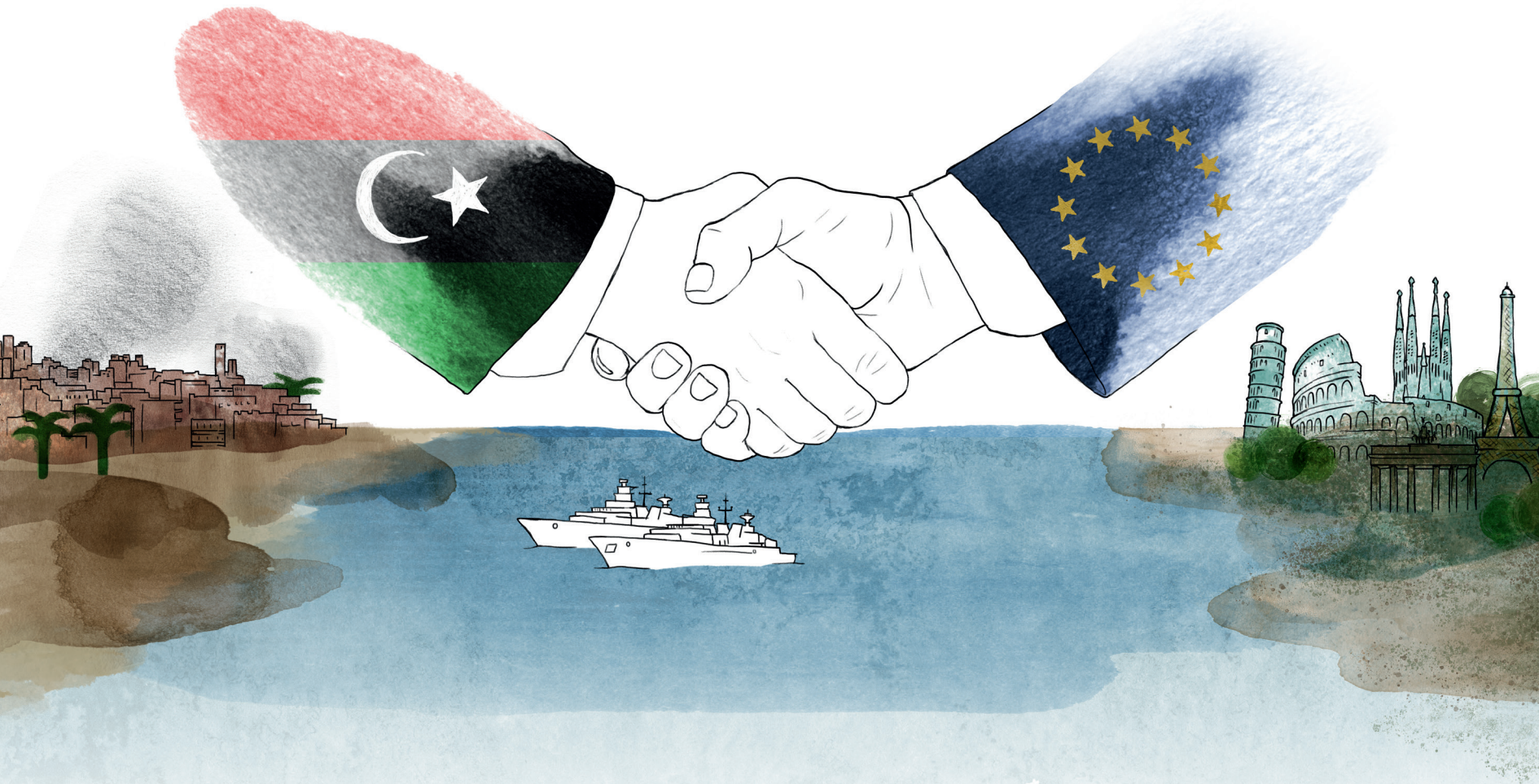
Das bis dahin **tödlichste Jahr**: Laut UNHCR ertrinken über 5.000 Menschen bei der gefährlichen Flucht über das Mittelmeer nach Europa, darunter viele Kinder und Jugendliche.

2017



Im Rahmen eines Ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens verhandeln die EU-Staaten über eine [Reform der gemeinsamen Asylpolitik](#). EU-Länder an den Außengrenzen sollen durch ein effektiveres und gerechteres System entlastet werden.

2018



Die Staats- und Regierungschefs der EU beschließen, die [Zusammenarbeit mit Libyen](#) in der Asylpolitik zu stärken. Dadurch soll irreguläre Migration über das Mittelmeer eingeschränkt werden.